

F 5

Antragsteller: Jusos Main-Kinzig

Punkt 2.4. des Grundsatzprogramms „Generationengerechtigkeit statt Generationenkonflikt“ soll durch folgende Neuform zu ersetzen:

2.4. Unsere drei Dimensionen von Gerechtigkeit

Die ursprüngliche Frage nach Gerechtigkeit innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung war stets die Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Dieses Verständnis von Gerechtigkeit wurde im Laufe der Geschichte um gleichwertige Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit erweitert. Beide Forderungen wurden innerhalb der heutigen Gesellschaft bis heute nur in Teilen verwirklicht. Trotzdem erscheint es aus heutiger Sicht und in Anbetracht dauerhafter ökonomischer, ökologischer und sozialer Verschiebungen zuungunsten der nachkommenden Generationen ebenso notwendig, die Forderung nach Generationengerechtigkeit gleichrangig neben denen nach Geschlechter- und sozialen Gerechtigkeit zu positionieren. Wir Jusos Hessen-Süd sind uns sicher, dass nur eine ebenbürtige Betrachtung dieser drei Dimensionen von Gerechtigkeit dazu beitragen kann, unsere Vorstellung einer langfristigen solidarischen und gerechten Gesellschaft herzustellen.

Begründung:

Bisherige Formulierung:

2.4. Generationengerechtigkeit statt Generationenkonflikt

Wir stehen für eine solidarische und gerechte Gesellschaft, auch und gerade zwischen den Generationen. Jede Generation muss einerseits den Nachfolgenden die soziale, ökologische und ökonomische Grundlage erhalten und darf zugleich auf die Solidarität der Jüngeren vertrauen. Dabei sehen wir durchaus die unterschiedlichen Interessen. Die Frage der gerechten Verteilung von Wohlstand ist für uns allerdings keine Frage zwischen den Generationen, sondern nur gesamtgesellschaftlich zu behandeln.

Innerhalb der Linken bzw. der SPD gibt es regelmäßig Konflikte über den Begriff Generationengerechtigkeit, seiner Bedeutung und insbesondere den Folgen auf die anderen Dimensionen von Gerechtigkeit. Dies äußert sich dann in missverständlichen Analysen, die das Konzept der Generationengerechtigkeit als ‚neoliberale Vertuschungsideologie‘ begreifen, mit der die soziale Frage in den Hintergrund gedrängt werden soll. Zunächst ist die Betrachtung aufgrund ihrer falschen Deutung von dem Begriff Generationengerechtigkeit falsch, denn Generationengerechtigkeit bedeutet zunächst nichts mehr, als allen nachfolgenden Generationen die gleichen Chancen auf Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu ermöglichen.

Aber auch darüber hinaus geht eine solche Betrachtung am Kern des Problems vorbei, denn es geht nicht darum, in den politisch relevanten Fragen Geschlechter- und soziale Gerechtigkeit weniger zu betrachten. Im Gegenteil: Diese beiden Dimensionen von Gerechtigkeit bleiben auch weiterhin zentrale Stützpfeiler unserer ideologischen Basis. Allerdings handelt es sich hier um intragenerationelle Gerechtigkeitsfragen, die aber nicht losgelöst von einer intergenerationellen Gerechtigkeitsdimension, nämlich

der Generationengerechtigkeit, betrachtet werden sollten. Nämlich nur die Verbindung von horizontalen Gerechtigkeitsfragen (hier Geschlechter- und soziale Gerechtigkeit) mit einer vertikalen Betrachtungsebene (hier: Generationengerechtigkeit) eröffnet uns einen vollständigen Blick auf die Ziele, Mittel und Auswirkungen politischer Entscheidungen.

Diese skizzierte Notwendigkeit wird bei der Betrachtung konkreter politischer Fragen offensichtlich, z.B. bei der Umweltpolitik: Die Frage nach dem Ausstieg aus der Atomkraft ist definitiv eine Frage der ökologischen bzw. Generationengerechtigkeit. Allein unter der Betrachtung von sozialer Gerechtigkeit ließe sich nur schwer, z.B. wegen der relativ günstigen Produktionskosten, eine zufrieden stellende Antwort finden. Nur mit Blick auf die zukünftigen Generationen und der Perspektive nachhaltiger Energiegewinnung können wir den kurzsichtigen Finanzargumenten der Konservativen entgegentreten. Umgekehrt lassen sich Fragen des Bildungssystems nur bedingt unter Aspekten der Generationengerechtigkeit beantworten: Hier stehen Geschlechter- und soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt. Die Fragen nach Haushaltskonsolidierung, Familien- und Sozialpolitik betreffen zugleich alle Dimensionen, wenn auch mehr und weniger stark ausgeprägt.

Nach diesem Muster ließe sich sukzessive jedes Politikfeld mit einer Abwägung zwischen den einzelnen Gerechtigkeitsdimensionen verknüpfen, was langfristig zu einem besseren Überblick über die Relevanz und die zu berücksichtigenden Folgen unserer politischen Entscheidungen führen würde. Um dieses Prinzip, dass wir im Übrigen als notwendig erachten, breiter im Verband zu verankern, sprechen wir uns für dessen Manifestierung im Grundsatzprogramm aus.